

Philippinens Präsident steht schon lange wegen der von ihm angewiesenen Tötungen von Kleinkriminellen und Süchtigen in der Kritik, selbst eine Anklage vor dem Internationalen Strafgerichtshof scheint möglich. Doch das ficht ihn nicht an, stattdessen forciert er in antikommunistischer Paranoia den brutalen Krieg gegen alles Linke.

Die Fratze des Dutertismo

Der philippinische Präsident Rodrigo R. Duterte setzt auf den »Endsieg über den Kommunismus«

Die Philippinen haben eigentlich genug soziale und wirtschaftliche Probleme, auf die sich der Präsident in seinem letzten Amtsjahr fokussieren könnte. Doch Duterte forciert stattdessen seinen brutalen Krieg gegen Rebellen.

RAINER WERNING

Erst am späten Montagabend meldete sich der philippinische Präsident Rodrigo R. Duterte nach zweiwöchigem Abtauchen wieder zu Wort. In einer aufgezeichneten Fernsehansprache beschied er seinen Landsleuten: »Würde das Militär mir erlauben zu regieren, wenn ich die Dinge so führe – ohne dass ich etwas tue?« Inmitten der schwersten Krise des Landes schürte Dutertes Abwesenheit neuerlich Gerüchte über seinen Gesundheitszustand.

Statt jedoch der zunehmend an Hunger, Elend und Verzweiflung leidenden Bevölkerung endlich konkrete Schritte zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie aufzuzeigen, hofierte der Präsident wieder ungeniert das Militär. Ihm und der Nationalpolizei hatte er nämlich am 5. März unmissverständlich klar gemacht, was in seinem letzten Amtsjahr prioritär die Agenda bestimmt. »Kill, kill, kill« lautete die präsidentiale Order, um »die Kommunisten fertigzumachen.«

Seitdem verging kein Tag, an dem nicht Regimegegner unterschiedlicher Couleur erschossen, festgenommen oder deren Büros durchsucht wurden. Die antikommunistische Paranoia geht so weit, dass jetzt auch Mitarbeiter und Angestellte des Senats als »subversiv« gebrandmarkt werden.

Besonders betroffen ist die Guerillaorganisation der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), die Neue Volksarmee (NPA), ein militärischer Verband, der jüngst seinen 52. Geburtstag feierte. Die Herrschenden im Lande – darunter zuvörderst Duterte in Personalunion Präsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte – sähen die NPA am liebsten sofort »ausradiert«. In der gesamten Region Südostasien sind die Philippinen das Land mit dem am Längsten währenden bewaffneten kommunistischen Widerstand. Als die NPA am 29. März 1969 – drei Monate nach Gründung der CPP – in Zentralluzon (nördlich der Metropole Manila gelegen) aus der Taufe gehoben wurde, umfasste der Trupp gerade einmal 60 Kämpfer.

Von der Provinz Tarlac aus begann eine langsame Ausbreitung der Massenbasis im Sog eines agrarrevolutionären Kampfes, dem es in der Endphase der Diktatur unter Ferdinand E. Marcos (1965-86) Mitte der 1980er Jahre gelungen war, landesweit verankert zu sein und nunmehr in seinen Reihen annähernd 30 000 Kombattanten zu vereinen. Zu der Zeit war die NPA die weltweit am Schnellsten wachsende Guerilla, was seinerzeit unter US-amerikanischen Militärstrategen und Politikern große Unruhe schürte und die Befürchtung aufkeimen ließ, ihre ehemalige Kolonie (1898-1946) könne »den Wölfen anheimfallen« – sprich: kommunistisch werden.

Spaltung der kommunistischen Bewegung

Schwere politische wie militärische Fehleinschätzungen waren verantwortlich dafür, dass die CPP/NPA, die seit Formierung des Untergrundbündnisses der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen am 24. April 1973 zu deren bedeutsamsten Mitgliedorganisationen zählen, an Bedeutung verloren und sich in heftigen internen Querelen und Konflikten verhedderten. Den Höhepunkt dieses erbitterten Streits bildete die sogenannte Zweite Große Berichtigungsbewegung zwischen Befürwortern der fortgesetzt maoistischen Linie des langwierigen Volkskrieges vom Hinterland aus und jenen Kräften, die im Zuge der Erosion des Realsozialismus in der vormaligen Sowjetunion sowie in den Ländern Osteuropas den maoistischen



Protest gegen Duterte in der Nähe der US-Botschaft in Manila im November 2018

FOTO: AFP/DEL CELIS

Kurs für obsolet erachteten und stattdessen den parlamentarischen Kampf protegieren.

Nannten sich Erstere »Reaffirmists«, also sich zum bewaffneten Kampf bekennend, betrachteten sich Letztere als »Rejectionists«, also den bewaffneten Kampf verwerfend, wobei die »Reaffirmists« erneut Zulauf verzeichneten und heute unter den radikalen Linken ideologisch, politisch und organisatorisch die Führungsrolle einnehmen. Hauptziel ist nach wie vor die Schaffung einer Volksdemokratischen Republik der Phi-

lippinen, solange im Lande die ihrer Meinung nach »drei Hauptübel Imperialismus, Feudalismus und bürokratischer Kapitalismus« fortbestehen und der Inselstaat durch Großgrundbesitz, schroffe soziale Gegensätze, grassierende Armut und Korruption und nicht zuletzt durch Militarisierung sowie Staatsterror geprägt bleibt. Nach eigenen Angaben verfügt das nationale operative NPA-Kommando gegenwärtig über 14 Regionalkommandos mit über 100 Guerilla-Fronten in 73 der landesweit 81 Provinzen.

Es war ausgerechnet Duterte, der, als er im Sommer 2016 als neuer Präsident in den Präsidentenpalast Malacañang zu Manila einzog, u.a. hoch und heilig versprochen hatte, als erstes »sozialistisches« Staatsoberhaupt des Landes in die Annalen eingehen zu wollen. Er werde deshalb als Zeichen seines Goodwills sämtliche politischen Gefangenen im Lande auf freien Fuß setzen und mit dem Untergrundbündnis der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen das Gespräch suchen. Ja, mit ihr Friedensverhandlungen reaktivieren, um den längsten kommunistischen Widerstand in der Region zu beenden.

Tatsächlich kam es im Spätsommer 2016 unter der diplomatischen Schirmherrschaft des norwegischen Außenministeriums zur Wiederaufnahme eben dieser Friedensverhandlungen – zunächst in Oslo und später dann in den Niederlanden, wo in Utrecht ein Großteil der Führungskader der Nationalen Demokratischen Front seit langem im Exil lebt. Darunter auch der mittlerweile 82-jährige José Maria Sison, Gründungsvorsitzender der CPP und seit Jahren politischer Chefberater des Untergrundbündnisses. Doch bereits ein Jahr später war die anfängliche Euphorie gewichen und Duterte machte keinen Hehl daraus, fortan – auf Drängen seiner meist an US-amerikanischen Militärakademien ausgebildeten Generalität – auf den »militärischen Endsieg« gegen die Nationale Demokratische Front samt CPP und NPA zu pochen.

Aufstandsbekämpfung über alles

Aus dem sich »sozialistisch« gebärdenden Wahlkämpfer Duterte war binnen zweier Jahre ein prototypischer Antikommunist geworden, der wie all seine Vorgänger – einschließlich des von ihm bis heute verehrten Diktators Marcos – auf die Zerschlagung der Guerilla setzt. Erst verkündete Duterte am 23. November 2017 qua Präsidialdekret Nr. 360 einen Stopp der Friedensverhandlungen mit der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen, um kurz darauf, am 5. Dezember 2017, die CPP und NPA über Nacht »terroristisch« zu brandmarken. Flugs erteilte er der Nationalpolizei sowie den Streitkräften die Order, gegen beide Organisationen unerbittlich vorzugehen. Mittels solcher Counterinsurgency- bzw. Aufstandsbekämpfungspläne wie dem Oplan Kapayapaan (Operationsplan Frieden) und Oplan Kapanatagan (Operationsplan Stabilität) sollten landesweit »die Hirne und Herzen« der Bevölkerung gewonnen und endlich »Ruhe und Ordnung« hergestellt werden.

Die schließlich am 4. Dezember 2018 unterzeichnete Exekutivorder 70 gab den Startschuss zur Counterinsurgency als »gesamtnationalen Ansatz«. Konkret: Seitdem obliegt der Nationalen Task Force zur Beendigung des lokalen kommunistischen bewaffneten Konflikts die Aufgabe, des Präsidenten Counterinsurgency-Strategie zu exekutieren – koste es, was es wolle. Die Task Force wird dirigiert von hochrangigen Militärs und ehemaligen Generalstabschefs, die unter Duterte in Kabinettposten gehievt wurden oder unter seiner Ägide zu hohen Beamten avancierten.

Es ist diese Task Force, die – gestützt auf ein ihr maßgeschneidertes Antiterror-Gesetz und üppig mit Geldern versorgt – weitgehend die alltäglichen Geschehnisse lenkt, über Leben und Tod von »subversiven Elementen und Kommunisten« befindet und alles in Gang setzt, um unter härtesten und langen Lockdown-Bedingungen während der Covid-19-Pandemie Protest und Widerstand zu ersticken sowie mit Blick auf die nächsten Präsidentschaftswahlen im Mai 2022 eine Duterte-Dynastie zu installieren.

Der Autor ist Ko-Herausgeber des mittlerweile in 6., akt. & erweiterter Auflage erschienenen Handbuchs Philippinen (Berlin 2019: regiospectra Verlag).

Aus dem sich »sozialistisch« gebärdenden Wahlkämpfer Duterte war binnen zweier Jahre ein prototypischer Antikommunist geworden, der wie all seine Vorgänger – einschließlich des von ihm bis heute verehrten Diktators Marcos – auf die Zerschlagung der Guerilla setzt.

Warten auf ersehnte Zeichen aus Genf und Den Haag

Wegen Menschenrechtsverbrechen soll Duterte vor dem Internationalen Strafgerichtshof angeklagt werden

Bei Angriffen auf die eigene Bevölkerung kamen seit Dutertes Amtsantritt über 25 000 Menschen ums Leben. Eine unabhängige internationale Kommission sammelt Beweise für eine Anklage.

RAINER WERNING

Der »Anti-Drogen-Krieg« und antikommunistischer Feldzug des philippinischen Präsidenten Rodrigo R. Duterte kosteten mindestens 25 000 Menschen das Leben, darunter über 260 Menschenrechtler, Anwälte und Journalisten. Die Philippinen rangieren für Sozialaktivisten und Umweltschützer hinter Kolumbien und Brasilien auf Platz drei der weltweit gefährlichsten Länder. Gleichzeitig weist das Land in der gesamten Region Asien-Pazifik trotz härtestem und längstem Lockdown

die schlechteste Performance bei der Covid-19-Pandemiebekämpfung aus.

Was die desolante Menschenrechtssituation betrifft, so traf im Oktober 2020 die Internationale Koalition für Menschenrechte in den Philippinen (ICHRP) die Entscheidung, eine unabhängige internationale Untersuchung der Menschenrechtssituation im Land – kurz, Investigate.ph – zu organisieren. Dies geschah als Reaktion auf die für die Zivilgesellschaft äußerst enttäuschende und schwache Resolution des UN-Menschenrechtsrates (UNHRC) in Genf, der den Empfehlungen eines kritischen Berichts der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte vom Juni 2020 nicht nachkam. Der Bericht hatte unter anderem eine unabhängige internationale Untersuchung der dramatischen Menschen-

rechtssituation unter der Duterte-Regierung verlangt.

Die Arbeit der Untersuchungskommission wird von 17 international renommierten Persönlichkeiten unterstützt, unter anderem Juristen und Mitglieder verschiedener Kirchengemeinschaften, die als unparteiische Verfechter der Menschenrechte anerkannt sind. Anhand von Interviews mit den Opfern und Zeugen der Menschenrechtsverletzungen werden sie in den kommenden Monaten drei Berichte erarbeiten, von denen der erste bereits am 16. März vorgestellt wurde, die jeweils ein aktuelles Bild der Situation in den Philippinen vermitteln. Der letzte Bericht soll dem UNHRC zu seiner Sitzung im September vorgelegt werden, in der die Umsetzung der Resolution von September 2020 durch

die philippinische Regierung überprüft wird. Mit dieser Kampagne will Investigate.ph Druck auf die zuständigen UN-Gremien und andere internationale Organisationen ausüben, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Ende 2020 hatte der Internationale Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag erklärt, es gäbe eine vernünftige Grundlage für die Annahme, dass im »Anti-Drogen-Krieg« Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden. Investigate.ph ist zuversichtlich, dass der ICC, der die Menschenrechtsverletzungen in den Philippinen seit 2018 untersucht, seine vorläufigen Ermittlungen vor Ende Juni 2021 abschließen und entscheiden wird, ob und wann ein Strafverfahren gegen Präsident Duterte eingeleitet wird.